

## Pro Generika zur Verpflichtung zu 6 Monaten Lagerhaltung: „Es gibt keine Kapazitäten, um solch immense Vorräte zu produzieren“

In das Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetzes (ALBVVG) hat auf den letzten Metern eine neue Regelung Eingang gefunden. Demnach sind Generika-Unternehmen verpflichtet, Arzneimittelvorräte von sechs Monaten auf Lager zu haben, sofern sie einen Rabattvertrag mit einer Krankenkasse eingehen.

Dazu sagt Bork Bretthauer, Geschäftsführer von Pro Generika: „Wer glaubt, dass man damit das Problem der Lieferengpässe entschärft, irrt. Das Gegenteil ist der Fall. Schon vorher gab es für viele Arzneimittel kaum noch Produktionskapazitäten. Woher sollen jetzt Hersteller kommen, die auch noch diese immensen Vorräte produzieren? Wie will man die Produktion eines Werkes, das bereits unter Volllast läuft, noch mehr ausweiten? Und wie will man noch größere Lagerkapazitäten aufbauen, wenn keiner bereit ist dafür zu bezahlen?“

Weil die Produktion für sie nicht mehr wirtschaftlich war, hatten sich zuletzt immer mehr Unternehmen aus der Produktion zurückgezogen. Die letzten verbliebenen Hersteller – etwa von Fiebersaft oder Antibiotika – hatten Probleme, die steigenden Bedarfe überhaupt noch zu befriedigen. Jetzt verschärft sich die Lage noch mehr. Denn nun müssen die Hersteller auch noch enorme Vorräte anlegen, um überhaupt einen Zuschlag in den Ausschreibungen zu bekommen.

Bretthauer dazu: „Abgesehen davon, dass die Produktionskapazitäten für die Lagerware nicht da sind, verursacht zusätzliche Lagerhaltung auch zusätzliche Kosten und verschärft damit den Kostendruck, der Ursache dafür ist, dass Hersteller aus der Produktion aussteigen.

Das Gesetz wollte Unternehmen animieren, in die Produktion zurückzukehren. Dafür sollte es Anreize geben. Stattdessen werden Hersteller jetzt mit weiteren Kosten belastet. Damit werden Unternehmen davon abgeschreckt, in Produktion zu investieren. Wir werden weitere Engpässe erleben – und kein Lager wird diese verhindern. Gesundheitsministerium und Ampelfraktionen wissen das und haben trotzdem so entschieden: Das ist nicht nur kurzfristig, sondern auch gefährlich für unsere Versorgung.“